Nr. 276 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 10. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. **Einzelnummer 30 Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Der 9. November

Von Finanzminister Dr. **Peter Reinhold**, M. d. V.

Zum zweiten Male hat sich der Tag gejährt, an dem mit der Ausrufung der deutschen Republik jener widerstandslose Zusammenbruch des alten Systems besiegelt wurde, den man die deutsche Revolution nennt. Es ist in der Geschichte wohl der einzige Fall, daß ganz ohne Gegenwehr, beinahe wie von selbst, eine Macht zusammenbrach, die noch wenige Wochen vorher unüberwindlich schien; und erst spätere Geschlechter, die ganz ohne Haß und Eifer die Ereignisse des Novembers 1918 vorurteilsfrei untersuchen, werden die Frage beantworten können, ob an diesem ruhmlosen Untergang des deutschen Kaisertums mehr die vollständige Kopflosigkeit aller seiner Vertreter, angefangen von dem Mann, der, ohne an die Tradition seines Hauses zu denken, im Auto nach Holland fuhr, oder die in sich unhaltbar gewordenen Zustände eines innerlich völlig überlebten Systems die Schuld trugen.

Darüber zu streiten, ist jetzt, wo wir noch viel zu sehr unter dem frischen Eindruck der Ereignisse stehen, vorläufig müßig. Aber bei der leidenschaftlichen Stellungnahme, die je von ihrem Standpunkt aus die Anhänger oder die Gegner dessen, was am 9. November geschah, zu diesem Tage einnehmen, muß, um Geschichtsfälschungen, denen das deutsche Volk leider so sehr zugänglich ist, zu vereiteln, schon jetzt zweierlei festgestellt werden. Erstens: Wir haben nicht den Krieg verloren, weil die Revolution gekommen ist, sondern wir haben die Revolution bekommen, weil wir den Krieg verloren hatten. Zweitens aber: Ebensowenig, wie uns dieser Tag um den Sieg brachte, ist der 9. November der Tag gewesen, der für Deutschland den Weg zum Frieden und zum Wiederaufstieg eröffnete, sondern die Ereignisse dieses Tages, der ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte war und bleiben wird, haben unsern Zusammenbruch vollends besiegelt und zu einer trostlosen Katastrophe für unser Volk gemacht; haben uns außenpolitisch unsern Feinden gegenüber in eine Lage gebracht, die die furchtbare Not des Krieges in die Not des Friedens verwandelt hat.

Wir, die wir gegen Chauvinismus und Militarismus immer angekämpft haben und schon vor der Gründung der Demokratischen Partei ihre Ziele längst verfochten, haben den 9. November nicht gewollt. Wir haben eine friedliche Erneuerung Deutschlands, eine gesunde Weiterentwicklung, aber keine Revolution erstrebt. **Wir waren der Meinung, daß** die innerpolitischen Fortschritte, die uns der 9. November gebracht hat und deren Rückwärtsrevidierung wir keineswegs wünschen und — das haben wir durch unser Auftreten in den Tagen des Kapp-Putsches bewiesen — niemals zugeben werden, längst auf dem Marsche waren und kraft der ihnen innewohnenden Gerechtigkeit auch ohne Gewaltanwendung im Laufe einer organischen Entwicklung sehr bald verwirklicht worden wären.

Ihre Durchsetzung aber auf revolutionärem Wege gerade in den Tagen, wo Deutschland durch sein Waffenstillstandsangebot vor der ganzen Welt seinen Friedenswillen bekundet hatte und deshalb, um einen erträglichen Frieden rasch zu erlangen, der höchsten inneren Geschlossenheit bedurfte, war eine unverantwortliche, in ihren furchtbaren Folgen unübersehbare Schädigung des Vaterlandes und des ganzen Volkes. Hätten wir uns durch das Fortwerfen unsrer Waffen, durch das würdelose Zusammenknicken vor dem Feinde, das auch der überzeugteste Gegner des Krieges und des Militarismus als Schmach und Erniedrigung empfand, nicht selbst wehrlos gemacht, so hätte — daran kann es keinen Zweifel geben — die Entente niemals die Möglichkeit besessen, uns jene Waffenstillstandsbedingungen aufzuzwingen, deren konsequente Fortsetzung in der Politik der Vergewaltigung Deutschlands der Frieden von Versailles war.

Deshalb sehen wir Demokraten in den Ereignissen des Novembers von 1918 ein nationales Unglück für Deutschland und können somit einen Grund, diesen Tag zu feiern, in keiner Weise anerkennen. Es war daher eine Selbstverständlichkeit für uns, daß wir demokratischen Minister in Sachsen unsern schärfsten Protest gegen den Beschluß des Kabinetts eingelegt haben, daß in den sächsischen staatlichen Betrieben der 9. November durch Arbeitsruhe gefeiert würde. Dieser Tag, den ein großer Teil unsres Volkes mit Recht als Unglückstag empfindet, dieser Tag, der uns durch die Schlinge, die uns unsre Feinde um den Hals geworfen haben, das Elend, in das uns der Krieg gestürzt hatte, noch unendlich vermehrt hat und uns infolge der Auswirkungen des schlimmsten aller Friedensverträge Stunde für Stunde am Wiederaufbau hindert, ist kein Tag, an dem man Feste feiert.

Und selbst wenn dem so wäre, ist die Zeit nicht dazu angetan, die Hände in den Schoß zu legen und zu feiern, fordern, das wenigstens ist meine Meinung, gerade an diesem Tag hätte man im Gedenken an das, was vor zwei Jahren geschah, nicht Reden und Versammlungen halten, sondern praktisch am Wiederaufbau tätig sein sollen. Intensivste Arbeit an diesem 9. November, höchste Förderleistung in den Kohlengruben, so sehr es irgend ging, und Zurverfügungstellung des ganzen Ertrages dieses Arbeitstages, des Unternehmergewinnes wie des Arbeitslohnes, zum Besten der Kriegerfürsorge oder der Erhaltung Oberschlesiens, das wäre eine Feier gewesen, würdig eines Volkes, das im Unglück Größe zeigt und vor sich selbst und der ganzen Welt den Beweis erbringt, daß es an seiner Zukunft nicht verzweifelt. Wäre die Feier eines Volkes gewesen, das die Worte von Arbeit und Pflichterfüllung nicht immer nur im Munde führt und bestenfalls zustimmend anhört, sondern das mit dem echten staatsbürgerlichen Gefühl einer Nation, die durch Not und Erniedrigung innerlich reifer geworden ist, ohne Worte, ohne Pose nach einem der deutschesten Worte gehandelt hätte:

„Des echten Mannes wahre Feier ist die Tat."

Der Revolutionsfeiertag in Berlin

zg. **Berlin**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Allem Anschein nach beginnt der heutige Revolutionserinnerungstag in Berlin ruhig zu verlaufen. Die meisten Betriebe der Großindustrie und des Handels sind auf Grund der gestrigen Abstimmung heute geschlossen. In den Mittel- und Kleinbetrieben wird nur insoweit gefeiert, als die Arbeitnehmer organisiert sind. Die Mehrheitssozialisten warnen ihre Mitglieder vor der Teilnahme an kommunistischen Umzügen. Die noch immer in Berlin weilenden russischen Sowjetvertreter, die dem letzten kommunistischen Parteitag in Halle beiwohnten, sollen heute in mehreren kommunistischen Versammlungen sprechen. Da ihre Festnahme und Abschiebung behördlich angeordnet ist, so bleibt mit kleinen Zusammenstößen im Laufe des Tages noch zu rechnen.

zg. **Berlin**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Für den heutigen Revolutionsfeiertag sind in Groß-Berlin über 400 Versammlungen der sozialistischen Parteien einberufen. Die Kommunisten rufen zu 86 Versammlungen auf. Ein Teil der Versammlungen findet unter freiem Himmel statt. Im Anschluß daran ist mit öffentlichen Umzügen zu rechnen.

Der 9. November in Dresden

Der 9. November ist in Dresden, wie zu erwarten war, in aller Ruhe verlaufen. Nur die Schulkinder und die sächsischen Beamten und Staatsarbeiter hatten einen „freien Tag". Sonst wurde in Dresden wie an andern Tagen gearbeitet, alle Geschäfte waren offen, die Straßenbahnen verkehrten, die Post führte ihre üblichen Morgenbestellungen aus, und das Straßenbild unterschied sich in nichts von dem Getriebe an gewöhnlichen Wochentagen. In der Technischen Hochschule hatte der Rektor die Feiertagsverfügung des Ministeriums am Schwarzen Brett anschlagen lassen. Es fanden infolgedessen keine Vorlesungen statt, dagegen wurden die üblichen Uebungen abgehalten, die regen Zuspruch hatten. Die Mehrheitssozialisten hielten in den größeren Sälen Dresdens und seiner Vororte Versammlungen ab, in denen die Redner auf die Bedeutung des Tages hinwiesen. In Dresden-Cotta sprach Ministerpräsident Buck.

Kein Streikbeschluß der Eisenbahner

zg. **Berlin**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) **Die Abstimmungen in den Berliner Eisenbahnwerkstätten, die von radikaler Seite entgegen dem Willen der Betriebsräte vorgenommen wurden, haben keine Mehrheit für einen Streikbeschluß gebracht. Sowohl der Stadt- und Vorortsverkehr, wie auch der Fernverkehr sind heute ohne jede Störung.**

Der Berliner Elektrizitätsstreik

+ **Berlin**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) **Die am Montag vorgenommene Abstimmung unter den streikenden Arbeitern hatte das Ergebnis, daß von den 40 000 städtischen Arbeitern 27 461 ihre Stimme abgegeben haben. Davon haben 12 882 oder 48 Proz. für Annahme des Schiedsspruches, 14 280 oder 52 Proz. sich gegen die Annahme des Schiedsspruches und für den Streik ausgesprochen. Aus den technischen Betrieben, Gas- und Wasserwerken haben 7476 für die Annahme, 6318 gegen die Annahme des Schiedsspruches gestimmt. Etwa 2000 Angestellte der Krankenhäuser stimmten gegen die Annahme des Schiedsspruches, aber auch gegen den Streik. Trotz dieser geringen Mehrheit für den Streik hat sich die Plenarversammlung für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. Gleichzeitig fand am Montag nachmittag eine Versammlung der Elektrizitätsarbeiter statt, in der der Kommunist Sült erklärte, daß die Zentralleitung am Dienstag mit den gesamten Betriebsräten verhandeln würde wegen sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit.**

Der Streik in den Borsigwerken

× **Berlin**, 9. November. In einer gemeinschaftlichen Versammlung gelangten die Borsigarbeiter einstimmig zur Ablehnung der Vorschläge der Firma. Der Streik geht infolgedessen weiter. Ein Trupp von etwa 600 Arbeitslosen demonstrierte gestern vormittag am Moritzplatz und zog dann nach der Reichsdruckerei. Hier konnten noch rechtzeitig die Eingangstüre geschlossen werden. Es wurde aber nicht verhindert, daß die Demonstranten durch den Eingang der Kommandantenstraße in das Innere der Reichsdruckerei eindrangen und die Arbeiter zum sofortigen Streik aufforderten. Es gelang schließlich den Arbeitern der Reichsdruckerei die Demonstranten von dem Grundstücke zu verdrängen.

Keine Zeitungen in Berlin

zg. **Berlin**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Heute früh ist auch der Verkehr der Hoch- und Untergrundbahn eingestellt. Infolge des allgemeinen Streiks können heute und auch morgen früh keine Zeitungen in der Reichshauptstadt erscheinen.

Der Streik in Oberschlesien

+ **Kattowitz**, 8. November. (Eig. Drahtbericht.) **In der am Montag vormittag abgehaltenen Sitzung der Betriebsräte oberschlesischer Betriebe wurde mit den streikenden Elektrizitätsarbeitern des Werkes Chorzow folgendes Abkommen getroffen: Die Arbeit wird sofort wiederaufgenommen. Falls jedoch die Forderungen der Streikenden, die von den Gewerkschaften unterstützt werden, bis Donnerstag nicht erfüllt werden, soll der Generalstreik proklamiert werden.**

Sozialisierungsvorschlag in Frankreich

Paris, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Der volkswirtschaftliche Ausschuß des französischen Arbeiterbundes hat einen Bericht über die industrielle Sozialisierung der Eisenbahnen nebst einem dazugehörigen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach welchem ab 1. Januar 1921 ein großer Betriebsrat von 48 Mitgliedern, bestehend aus 16 Arbeitern und Angestellten, ferner aus 16 Industriellen, Fabrikanten, Landwirten und Verbrauchern und aus 16 sogenannten kollektivistischen Vertretern der Nation, die durch ein Dekret zu ernennen sind, bestellt werden soll. Dieser oberste Betriebsrat soll die Befugnis haben, mit der Eisenbahngesellschaft über einen Kollektivvertrag zu verhandeln, der allgemeine Normen für die Löhne festsetzt.

Die Völkerbundstagung

× **Paris**, 9. November. Nach „Echo de Paris" umfaßt der Arbeitsplan der Völkerbundskonferenz u. a. folgende Punkte: Berichterstattung über das bisher vom Völkerbund Geleistete, Zusätze zum Begründungsakt des Völkerbundes, Vorschläge, die von den Regierungen von Danzig, Norwegen und Schweden unterbreitet werden, Einrichtung einer ständigen Organisation für Verkehrs- und Durchgangsfragen, für die der Völkerbund gemäß dem Friedensvertrag zuständig ist, Errichtung eines Gerichtshofes zur Regelung von Streitfragen, die unter die Artikel 336, 337, 376 und 387 des Vertrages von Versailles und unter die entsprechenden Artikel der andern Verträge fallen, wirtschaftliche und finanzielle Organisationsfragen, Forderung Indiens auf Vertretung im Verwaltungsrat des Arbeitsbureaus, Vorlage zur Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes, zukünftiger Verteilungsschlüssel für die Kosten des Völkerbundes, Zulassung von Staaten, die in der Beilage zum Begründungsakt des Völkerbundes nicht erwähnt sind, Verminderung der Rüstungen auf Grund der Entschließung einer Konferenz der Staatsminister und Minister des Aeußern von Dänemark, Schweden und Norwegen, Vorbereitung von Maßnahmen, um den Völkerbund in die Lage zu setzen, seinen Anordnungen durch Zwangsmaßnahmen Geltung zu verschaffen.

Keine Zerstörung der Dieselmotoren

Paris, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Beschluß der Botschafterkonferenz, die Vernichtung der Dieselmotoren zu verhindern, wird jetzt amtlich bestätigt. Dieser Beschluß erfolgte auf Grund des Urteils zweier Marinesachverständiger. Er soll am Dienstag der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

Ein Einspruch Frankreichs

Genf, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) **Die Havas-Agentur meldet, daß gegen die Aufenthaltsbewilligung russischer Kommunisten im Ruhrgebiet durch die deutsche Regierung ein Einspruch Frankreichs nach Berlin abgegangen ist, weil die russische bolschewistische Agitation die Erfüllung des Versailler Vertrages gefährde. Der Einspruch Frankreichs gründet sich auf die bereits erwähnten Berichte der Berliner Ententekommission.**

Unruhen in Budapest

Budapest, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) **Gestern vormittag kam es nach einer Demonstration gegen die Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages zu großen Unruhen. Am Abend kam es zu schweren Exzessen im Judenviertel, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden.**

Der polnisch-litauische Streit

Warschau, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Das Mitglied der russischen Friedensabordnung in Riga Obolenski überreichte den in Riga zurückgebliebenen polnischen Friedensunterhändlern einen Protest gegen die Aktion des Generals Zeligowski. Die polnische Friedensabordnung beantwortete diesen Protest mit einem Memorandum, worin betont wird, daß die Einmischung der Räteregierung in die Aktion des Generals abgelehnt wird, da im Sinne der Friedenspräliminarien der polnisch-litauische Streit nur zwischen diesen beiden Ländern auszutragen sei. Der Vorsitzende der russischen Friedensabordnung Joffe äußerte sich darauf unzweideutig dahin, daß es, falls die Aktion der Truppen des Generals Zeligowski nicht eingestellt werde, sehr leicht zum Abbruch des Waffenstillstandes mit Polen kommen könne.

Keine Verhaftung Brussilows

O. E. **Terioki**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Gerüchte über die Verhaftung Brussilows und andrer kommandierender Generale durch die Sowjetregierung entsprechen nicht den Tatsachen. Die Sowjetpresse bringt eine umfangreiche Unterredung mit Brussilow über die Frage der Organisation einer Milizarmee. Brussilow mahnt zur Vorsicht bei Anwendung des Milizsystems; es sei notwendig, einen Kernbestand stehender Truppenteile zu haben, die einer straffen militärischen Befehlsgewalt untergeordnet sind. Die Erfahrung des Krieges habe dies gezeigt.

Die Blockade im Schwarzen Meer

O. E. **Kopenhagen**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte Bonar Law, daß die interalliierte Flottenkommission in Konstantinopel nicht beschlossen habe, im Schwarzen Meer eine Blockade gegen Sowjetrußland zu verhängen. Aber solange Waffen zur Unterstützung der türkischen nationalistischen Regierung Mustapha Kemal Paschas übers Meer geliefert würden, müsse das Flottenkommando die Möglichkeit haben, dieser Lage Rechnung zu tragen. Der friedliche Handel nach Odessa solle unbehindert bleiben, soweit kein Verdacht vorliegt, daß auf Privatschiffen Waffenmaterial für diejenigen geliefert werde, die tatsächlich Feinde der Alliierten sind.

Der Eisenbahnverkehr in Sowjetrußland

O. E. **Terioki**, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Infolge Mangels an Heizmaterial sind für den Eisenbahnverkehr in Sowjetrußland weitere Einschränkungen angeordnet worden. Die Zahl der Personenzüge auf der Strecke Petersburg—Moskau ist auf ein Zugpaar herabgesetzt worden. Der Verkehr auf der Newa-Vorortbahn bei Petersburg ist gänzlich eingestellt worden. Der Sonntagsverkehr auf der Petersburger Straßenbahn fällt künftig aus.

Der Krieg im Orient

× **Konstantinopel**, 8. November. **Die türkischen Nationalisten haben Kars genommen. Armenien hat [illegible] dringend ersucht, die Feindseligkeiten einzustellen, um die Zusammenziehung armenischer Truppen gegen die Türken zu ermöglichen.**

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft

Von Ministerialdirektor Prof. Dr. **Wiedenfeld** (Berlin)

Die Nachricht von Englands Verzicht auf Anwendung des § 18 des Versailler Vertrages, der bei böswilliger Nichterfüllung der Bedingungen die Beschlagnahme deutschen Eigentums vorsieht, hat in Deutschland zu übermäßigen Hoffnungen Anlaß gegeben, zumal auch aus Italien, den Vereinigten Staaten und der Tschecho-Slowakei die Kunde von der Freigabe deutschen Eigentums eintrifft. Um die Tatsache des englischen Verzichtes richtig einzuschätzen, muß man jedoch bedenken, daß der Beschluß für spätere Regierungen nur dann bindend ist, wenn er dem Parlament vorgelegt und von ihm gebilligt worden ist. Das ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Außer diesem § 18 stehen aber noch viele andre Bestimmungen des Versailler Vertrages dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft hindernd im Wege.

Unsre Handelsflotte ist uns genommen, die qualitativ der englischen überlegen war. Diese war zwar zahlenmäßig stärker, teilte sich aber in die gelegentlich fahrenden Trampschiffe und die festen Schiffahrtslinien, und die Zahl der letzteren, die volkswirtschaftlich allein wertvollen, überwog in Deutschland.

Unser ausgedehntes Kabelnetz, das wir hauptsächlich nach Nord- und Südamerika, wo territoriale Hindernisse im Wege standen, mit Hilfe der Niederländer ausgesponnen hatten, ist in fremden Händen.

Tarifbegünstigungen, die wir den zu deutschen Häfen führenden Eisenbahn- und Wasserlinien zukommen ließen, sind uns durch Ententekontrolle unmöglich gemacht.

Unsre hauptsächlich auf Ausfuhr zugeschnittenen Handelsverträge sind zerrissen. Man sieht, die Feinde haben ganze Arbeit geleistet. Wie muß nun unser Wiederaufbau beginnen?

Als Aktiva sind uns geblieben: Boden, Arbeitskräfte und Köpfe. Zwar ist uns das Lothringer Erz, z. T. die ost- und westpreußische Landwirtschaft verloren gegangen und die oberschlesische Kohle schwer bedroht, aber der uns gebliebene Boden besitzt reiche Werte. Der Betrieb unsres Bergbaues, die Gewinnung von Eisen, Zinkerzen und Aluminium als Ersatz für Kupfer und Zinn muß noch intensiver betrieben werden. Flachs- und Hanfbau, der schon in den letzten Jahren ein Vielfaches des Friedensstandes erreichte, kann noch gesteigert werden. Für Zucker werden auf dem Weltmarkt außerordentlich hohe Preise gezahlt, und die Aussicht, durch Zuckerexport unsre Handelsbilanz decken zu können, wenn er den Friedensstand erreicht, müßte zu Anbau in größtem Stile führen.

Unsre Arbeitskraft kann niemand nehmen, man muß aber auch mit ihr zu wirtschaften verstehen. Die gelernten städtischen Arbeiter sind als hohe Kulturelemente zu bewerten und nicht als reine Arbeitskraft. Das Bestreben, sie aufs Land und in die Bergwerke zu ziehen, ist falsch und eine Vergeudung.

Die während des Krieges gehegte Angst, es würde auf dem Weltmarkt Rohstoffknappheit eintreten, hat sich als unbegründet erwiesen. Da der Konsum auf der ganzen Welt zurückgegangen ist, ist kein Mangel daran, dagegen fehlt es uns an Geld. Es bleibt uns nichts andres übrig, als auf jeden Fall Kredit aufzunehmen. Die Folge ist die Ueberfremdung Deutschlands, aber an den Gedanken müssen wir uns gewöhnen. Bedenken wir doch, daß unsre rheinländische und westfälische Industrie ursprünglich großenteils mit Hilfe französischen und belgischen Kapitals aufgebaut worden ist, das man später verstanden hat abzuschütteln.

Unsre Köpfe müssen wir anstrengen, um technisch durch Sparsamkeit an Stoff und Kraft die Produktionskosten zu ermäßigen. Wir müssen für Verringerung der Reibungen sorgen, die sich der Produktion auf dem Wege vom Stoff zur Fertigware entgegenstemmen. Schon sind solche Bestrebungen in der Kombination der Gelsenkirchner, Deutsch-Luxemburgischen und Siemens-Schuckert-Werke und in dem schon während des Krieges erfolgten Zusammenschluß unsrer Farbwerke zu beobachten.

Unsre Kaufleute, denen die langen Kriegsjahre ihre schwer erkämpften Positionen im Ausland vernichtet haben, müssen neue Wege finden. Legten sie vor dem Krieg Hauptwert auf langfristige oder zumindest Meistbegünstigungsverträge, so ist ihnen jetzt vielfach, wie z. B. in Indien und Ceylon, das Betreten des Landes für fünf Jahre verboten. Sie müssen vom Aktiv- zum Passivhandel übergehen, d. h. sie müssen als Kommissionäre der Außenhandelshäuser auftreten, die früher ihre Kommissionäre waren und dabei doch das Heft in den Händen behalten. Unsre Schiffahrt muß den Weg beschreiten, den die kürzlich erfolgte Verbindung Hapag-Harryman gewiesen hat.

Diese Anstrengungen der Produzenten genügen aber nicht zu unserm wirtschaftlichen Wiederaufbau, wenn sie nicht von den Konsumenten tatkräftig unterstützt werden. Jeder nicht unbedingt notwendige Bezug ausländischer Fabrikate muß unterbleiben. Die Anschaffung eines englischen Kammgarnanzugs z. B. ist heutzutage ein Verbrechen. Kunstwolle heißt die Losung. Die große Menge fragt noch immer nicht: Produzieren wir schon wieder Stoffe für einen neuen Anzug?, sondern nur: Können wir ihn bezahlen? Standesgemäße Kleidung ist heute allein der abgetragene Anzug.

Befolgt das deutsche Volk diese Richtlinien und erreicht es durch stetes Drängen und den Nachweis der Unerfüllbarkeit des Versailler Vertrages dessen Revision, so ist trotz der Schwere der uns auferlegten Lasten kein Grund zur Verzweiflung. Zwei Dinge aber gilt es hier hochzuhalten: Arbeit und Wagemut.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201110/1